

Kurzmeldungen Mai 2018

Iran-Sanktionen, Saudi-Arabien und die USA

Nach der Umsetzung des Atomabkommens und der damit verbundenen Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen plant der Iran zur Fortsetzung seines Atomprogramms entsprechende Projekte mit internationaler Beteiligung von China, Russland, Japan, Südkorea und einigen europäischen Ländern.

Quelle: <https://www.stromauskunft.de/service/energienachrichten/9085595.iran-und-china-planen-neue-atommeiler/> 25.1.16

Eine staatliche Investmentgesellschaft aus China hat iranischen Banken eine Kreditlinie von zehn Mrd. Dollar gewährt. Die chinesische Citic-Investmentgruppe und eine Delegation iranischer Banken hätten den entsprechenden Vertrag in Peking unterschrieben. Nach einem Bericht der Zeitung "Iran Daily" sollen die Gelder Wasser-, Energie- sowie Verkehrsprojekte finanzieren.

Quelle: <https://www.zeit.de/news/2017-09/16/iran-china-gewaehrt-iran-Mrd.schwere-kreditlinie-16155605> 16.9.17

Am 3. Juli 2017 hat die iranische Regierung ein Abkommen mit dem französischen Konzern Total SA und der staatlichen chinesischen Öl-und-Gas-Firma CNPC zur Erschließung eines Erdgasfeldes in Höhe von 4,8 Mrd. US-Dollar abgeschlossen, mit einer Laufzeit von insgesamt 20 Jahren. Das South-Pars-Feld ist ein Gaskondensatfeld im Persischen Golf. Es ist das größte Gasfeld der Welt und wird vom Iran und Katar geteilt.

<https://caspiannews.com/news-detail/iran-france-china-sign-48-billion-gas-deal-2017-7-4-39/>

Am 14. März 2018 hat ein russisch-iranisches Konsortium einen Vertrag in Höhe von 740 Millionen US-Dollar zur Erschließung von zwei Ölfeldern in der Nähe der irakischen Grenze abgeschlossen:

<https://www.dailysabah.com/energy/2018/03/14/iran-signs-740-million-agreement-with-russian-iranian-consortium-to-develop-oil-fields>

US-Präsident Trump vereinbarte bei seinem Besuch in Saudi-Arabien einen 110 Mrd. Dollar schweren Waffenverkauf. Und Trump machte den Iran als Hort allen Übels im Mittleren Osten aus, den es mit allen Mitteln zu isolieren gilt.

Quelle: <http://www.dw.com/de/regimewechsel-in-teheran/a-39283541>

Bootsdeal mit Saudi-Arabien

Im Koalitionsvertrag haben SPD und Union beschlossen, keine Waffen an Staaten zu verkaufen, die am Jemenkrieg beteiligt sind. Fast am selben Tag verkündete die Bundesregierung, dass für bereits vereinbarte Geschäfte ein "Bestandsschutz" gelte und die neue schwarz-rote Koalition gar nichts dafür könne, was die alte schwarz-rote Koalition erlaubt habe. Saudi-Arabien bekommt demnächst aus Deutschland 8 Patrouillenboote geliefert.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/bootsdeal-mit-saudi-arabien-paradebeispiel-fuer-die-deutsche-doppelmoral-1.3918434> 24.3.18

amerikanisch-britisch-französische Luftangriffe gegen Syrien

Es gab wieder einmal einen angeblichen Chemiewaffenangriff in Syrien, der sogleich ohne Beweise der syrischen Regierung in die Schuhe geschoben und wenige Tage später mit einem Raketenangriff „vergolten“ wurde. Saudi Arabien ist Ausrüster und Finanzier der Islamisten, die angeblich durch Assads Giftgas angegriffen wurden.

Der Luftangriff vom 14. April 2018 gegen Chemiewaffeneinrichtungen in Syrien wurde als völkerrechtswidrig eingestuft. Ein Forschungszentrum in Damaskus und ein Chemiewaffenlager in Homs wurden getroffen.

Abgesehen von den fehlenden „humanitären Anteilen“ dieser Militärschläge sind sie nicht geeignet, weiteres Leiden zu verhindern. Es ist fraglich, warum gerade der Chemiewaffeneinsatz angesichts eines sieben Jahre währenden Bürgerkriegs in Syrien das qualitativ entscheidende Ereignis darstellt, um eine humanitäre Intervention ohne Sicherheitsratsmandat zu begründen. Denn das Konzept der Schutzverantwortung, das der Rechtsfigur der „humanitären Intervention“ zugrunde liegt, zielt ausschließlich auf den Schutz der Zivilbevölkerung ab, nicht dagegen auf eine Ahndung von Rechtsverletzungen.

Quelle: <https://www.bundestag.de/blob/551344/f8055ab0bba0ced333ebcd8478e74e4e/wd-2-048-18-pdf-data.pdf>

Der Iran versucht im Irak und in Syrien zu einem Machtfaktor zu werden. Deshalb haben israelische Flugzeuge Stellungen von iranischen Kämpfern in Syrien bombardiert. Der israelische Premier Netanjahu behauptete, Erkenntnisse über ein aktuelles, geheimes Atomprogramm des Iran zu besitzen.

Der US-Präsident Trump droht damit, das Atomabkommen mit dem Iran zu kündigen. Donald Trumps neuer Sicherheitsberater John Bolton hat schon vor drei Jahren die Bombardierung des Irans gefordert und Trumps neuer Außenminister Mike Pompeo ist ebenfalls ein Hardliner. Bereits am 6. März hatte US-Vizepräsident Mike Pence auf einer Versammlung der proisraelischen Lobby AIPAC erklärt, daß die USA aus dem Iran-Abkommen aussteigen werden, wenn es nicht korrigiert wird.

Quelle: Interview mit Dr. Josef Braml von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik <https://web.de/magazine/politik/syrien-konflikt/usa-israel-iran-atomdeal-zuendschnur-pulverfass-32946400> 3.5.18

Richard Grenell wurde zum neuen Botschafter der USA in Deutschland ernannt und forderte gleich per Twitter die deutschen Unternehmen auf, ihre Iran Geschäfte „sofort herunterzufahren“. US-Präsident Donald Trump hatte den Rückzug der USA aus dem Iran-Atomabkommen sowie neue Sanktionen gegen das Land angekündigt.

Quelle: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/iran-sanktionen-trump-steigert-gefahr-von-eu-usa-handelskrieg-a-1207015.html> 9.5.18

Illegale Waffen-Exporte von Heckler & Koch nach Mexiko

Am 15. 5.18 beginnt vor dem Landgericht Stuttgart mehr als 8 Jahre nach Erstattung der Strafanzeige durch Jürgen Grässlin und Holger Rothbauer der Prozess gegen Heckler & Koch-Verantwortliche wegen illegaler Exporte von G36-Sturmgewehren nach Mexiko. Von 2006 bis 2009 sollen tausende G36 sowie Zubehörteile wissentlich in mexikanische Bundesstaaten geliefert worden sein, für die keine Exportgenehmigungen existierten. Ein früherer H & K-Mitarbeiter, dessen Aussage das Verfahren im April 2010 in Gang gebracht hatte, belegt 16 Verbrechenstatbestände des besonders schweren,

gewerbsmäßigen und bandenmäßigen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz. Damit steht eine Mindeststrafe pro Einzeltat von einem Jahr Freiheitsstrafe insbesondere beim früheren Exportbeauftragten von H & K, dem früheren Landgerichtspräsidenten Peter Beyerle mit 12 Verbrechenstatbeständen im Raum.

2014 starben im mexikanischen Bundesstaat Guerrero sechs Menschen, als Studenten der Lehramtsuniversität Ayotzinapa von Polizeikräften und weiteren bewaffneten Gruppen angegriffen wurden. 43 Studenten fielen der Praxis des Verschwindenlassens zum Opfer; ihr Fall ist bis heute nicht aufgeklärt. Bei dem Angriff wurden von den Sicherheitskräften nachweislich G36 Schnellfeuergewehre aus deutscher Herstellung eingesetzt, die gemäß der offiziellen Genehmigungen nie nach Guerrero hätten gelangen dürfen. Der Versuch der Bundesregierung, den Endverbleib auf bestimmte Bundesstaaten innerhalb Mexikos zu begrenzen, war von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/illegale-g36-exporte-von-heckler-koch-nach-mexiko.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2012.%20Mai%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 11.5.18

Rheinmetall will Panzer in der Türkei bauen

Die Firma BMC des mit Präsident Recep Tayyip Erdogan eng verbundenen Unternehmers Ethem Sancak soll 250 Kampfpanzer des Typs Altay bauen. Im Herbst 2016 hatte der Rheinmetall-Konzern mit BMC ein Joint Venture gegründet.

Zwar kann Rheinmetall keine Rüstungsgüter oder Blaupausen in die Türkei liefern, aber die Entsendung von Experten für technische Hilfe ist aber auch ohne Genehmigung möglich. Die SPD hatte während der Koalitionsverhandlungen mit CDU/CSU versucht, dieses Schlupfloch zu schließen, konnte sich damit aber nicht durchsetzen.

Quelle: <https://www.stern.de/politik/deutschland/tuerkei--ruestungskonzern-rheinmetall-kann-auf-panzerbau-hoffen--7965532.html> 4.5.18

Michail Gorbatschow erhält den Europäischen Friedenspreis

Die Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. hat den früheren Präsidenten der UdSSR, Michail Gorbatschow, mit dem Europäischen Friedenspreis 2018 ausgezeichnet. Gewürdigt wurden die großen Verdienste um die Beendigung des Kalten Krieges zwischen Ost und West durch Gorbatschows neuer Politik.

„In allergrößtem Respekt danken wir Ihnen für Ihren Einsatz für Frieden, Demokratie und Ökologie und würden uns auch aktuell mehr Staatsmänner wie Sie wünschen“, erklärte der Stiftungsvorsitzende. „Deutschland verdankt Ihnen den Fall der Mauer und die Wiedervereinigung!“, erklärte der Vorsitzende der Stiftung Hans-Joachim Ritter.

Quelle: Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., 6.3.18

Batteriezellfertigung in Europa

Das Bundeswirtschaftsministerium prüft die Befreiung der Batteriefertigung von der EEG-Umlage. Allerdings betragen die durchschnittlichen Energiekosten bei der Herstellung von Lithium-Ionen-Zellen lediglich 3,7%.

Die Batteriehersteller sind bereits heute von der sogenannten Besonderen Ausgleichsregelung erfasst: Sie können damit ein Zahlung einer reduzierten EEG-Umlage beantragen, sofern die Stromkosten mindestens 14% ihrer Bruttowertschöpfung ausmachen. Batteriezellen seien eine Kerntechnologie und einer der wichtigsten Differenzierungsfaktoren bei der Elektromobilität.

In Europa arbeiten derzeit mehrere Unternehmens-Konsortien an einer europäischen Batterie-Großproduktion: etwa das Bündnis von Northvolt und ABB in Schweden, Terrae in Deutschland und die Unternehmensinitiative der Total-Tochter Saft, an der sich auch Siemens und Manz beteiligen.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/altmaier-will-batteriezellfertigung-in-europa.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202014.%20April%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 13.4.18, pv magazine 01/2018

gemeinsame Ausschreibung für Photovoltaik und Windkraft an Land

Die Bundesnetzagentur hat bei der ersten technologieoffenen Ausschreibung alle 32 Zuschläge an Photovoltaik-Anlagen vergeben. Im Wettbewerb setzt sich die Technologie durch, die zu den geringsten Kosten anbieten kann. Der durchschnittliche, mengengewichtete Zuschlagswert lag mit 4,67 ct/kWh leicht über dem Ergebnis der reinen Photovoltaik-Ausschreibung vom Februar. Insgesamt wurde ein Volumen von 210 MW verteilt. Die gemeinsame Ausschreibung war doppelt überzeichnet. So seien Gebote für Projekte mit insgesamt 395 Megawatt eingereicht worden. Der mengengewichtete Gebotswert über alle Windenergieanlagen an Land lag bei 7,23 ct/kWh.

Vor allem das Kölner EPC-Unternehmen Enerparc hat bei der Ausschreibung abgeräumt. Es sicherte sich 12 der 32 Zuschläge. Mit IBC Solar, EnBW, Juwi sind weitere bekannte Namen auf der Liste zu finden. Auch Vattenfall sicherte sich für ein Photovoltaik-Projekt einen Zuschlag. Unter den erfolgreichen Geboten befanden sich 5 Projekte mit 31 MW Gesamtleistung auf Acker- und Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten in Bayern und drei mit einem Umfang von 17 Megawatt in Baden-Württemberg.

Am 1.11.18 wird es noch eine weitere Ausschreibung von PV-Anlagen und Windkraft an Land mit einem Volumen von 200 Megawatt geben.

Quelle:pv-magazine 01/2018, http://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/photovoltaik-raeumt-alle-zuschlaege-bei-gemeinsamer-ausschreibung-mit-windkraft-an-land-ab.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202014.%20April%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 12.4.18

EWS kritisiert geplantes EEG-Änderungsgesetz

Die Elektrizitätswerke Schönau lehnen den Entwurf für ein EEG-/KWKG-Änderungsgesetz ab. Sie fordern einen Mindestanteil von 25% des Ausschreibungsvolumens für Windkraft in Süddeutschland und Sonderausschreibungen für Photovoltaik und Wind, so wie es laut Koalitionsvertrag vorgesehen ist.

Aus Sicht der EWS ist das wichtigste Ziel der Energiewende die Reduktion von CO₂-Emissionen sowie die Stärkung einer dezentralen, atomstromfreien, bürgernahen Energieversorgung. Um wirksamen Klimaschutz umzusetzen, müssen die Erneuerbaren Energien weiterhin stark zugebaut werden. Stattdessen will das EEG/KWKG-Änderungsgesetz die Höchstwerte für Ausschreibungen bei Photovoltaik und Windenergie weiter absenken.

Weder die im Koalitionsvertrag angekündigte Anhebung des EE-Ausbauziels auf 65 % für 2030 noch die Sonderausschreibungen für Photovoltaik und Windenergie an Land über vier Gigawatt für 2019/2020 finden in dem Gesetzentwurf Berücksichtigung.

Auch die Korrekturen im Ausschreibungsmechanismus für einen gleichmäßigeren Ausbau der Windenergie in Deutschland sind nicht vorgesehen.

Die über den EEG-Ausschreibungsmechanismus hervorgerufene strukturelle Benachteiligung von Windstandorten in Süddeutschland gefährdet nicht zuletzt die Akteursvielfalt und die Wettbewerbsintensität. Deshalb fordern die EWS die Reservierung eines Mindestanteils von 25% des Ausschreibungsvolumens für Windenergie an Land für Projekte südlich der Mainlinie.

Quelle: EWS Schönau http://www.sonnenseite.com/de/politik/ews-kritisieren-geplantes-ee-g-aenderungsgesetz.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2012.%20Mai%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 10.05.2018

Kohleausstieg

Der Fahrplan für den Kohleausstieg und den Strukturwandel in den Kohlerevieren soll vom Bundeswirtschaftsministerium bei Minister Peter Altmaier (CDU) zusammen mit dem Umwelt-, Arbeits- und Innenministerium ausgehandelt werden. Zuvor hatte es wochenlang Streit gegeben, welcher Minister die Leitung der Kommission übernehmen soll. Laut dem Koalitionsvertrag sollen Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, den betroffenen Ländern und Regionen sowie Umweltorganisationen in der Kommission sitzen.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/24479-strukturwandel-liegt-beim-wirtschaftsministerium> 11.4.18

Energiewende

Bis 2030 will Wirtschaftsminister Altmaier die Kohleverstromung in Deutschland halbieren. Altmaier rechnet mit dem baldigen Auslaufen der Förderung erneuerbarer Energien, wie sie zur Zeit das Erneuerbare-Energien-Gesetz regelt. "Ich gehe davon aus, dass die erneuerbaren Energien in absehbarer Zeit, also in den nächsten vier bis fünf Jahren, ihre Wettbewerbsfähigkeit vollständig erreicht haben und dass wir dann imstande sind, erneuerbare Energien ohne zusätzliche Subventionen zu finanzieren." Bei der Etablierung von Energiespeichern will er ganz ohne Förderung auskommen.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/24494-altmaier-erwartet-aus-von-oekostrom-foerderung> 17.4.18

Notwendig ist aber ein Kohleausstieg deutlich vor 2030, wenn man die Pariser Klimaschutzziele von 1,5 °C wirklich ernst nimmt. Bisher war bei allen Beteiligten kein ernsthafter Willen zur Reduzierung der Kohleverstromung zu sehen. Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat nun erklärt, daß es kein Kohlemoratorium für die Zeit der Kommissionsarbeit geben wird. Ein solches Moratorium hatten die Umweltverbände vorgeschlagen, damit für die Zeit der Kommissionsarbeit sämtliche Genehmigungsverfahren für neue Kohlekraftwerke oder Braunkohle-Tagebau beziehungsweise deren Erweiterung ruhen sollten. In aller Klarheit heißt dies, dass die Kohlekonzerne ihre Aktivitäten zum Ausweiten und Fortlaufen der Nutzung der Kohle sogar noch weiter ausführen und neue unwiderrufliche Fakten durchsetzen können, wie die weitere Abholzung des Hambacher Forst.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/will-die-groko-wirklich-den-kohleausstieg.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2021.%20April%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 16.4.18

Emissionshandel

Die Emissionen der energieintensiven Industrie in Deutschland stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % auf 126 Millionen Tonnen Kohlendioxidäquivalente. Damit erfolgt erstmals seit 2013, dem Beginn der aktuellen Handelsperiode, ein Anstieg der Emissionen in der Summe aller Industrieanlagen. Der Anstieg der Emissionen der Industrieanlagen ist insbesondere auf die Anlagen der Eisen- und Stahlindustrie und der Zementklinkerherstellung zurückzuführen, die im Vergleich zum Jahr 2016 starke Emissionszuwächse um 4,0 und 5,8 % zu verzeichnen hatten. Auch die Emissionen der Anlagen der Papier- und Nichteisenmetallindustrie nahmen zu, wenngleich der Anstieg dort mit 1,0 und 0,6 % moderater ausfiel. Leichte Emissionsrückgänge verzeichneten die Anlagen der Chemischen Industrie und die Raffinerien mit minus 1,0 und minus 0,5 %. Die Emissionen aus der Energieversorgung sanken um 5,4 % auf 312 Millionen Tonnen Kohlendioxidäquivalente. Dieser relativ starke Rückgang ist auf abnehmende Stein- und Braunkohleemissionen zurückzuführen. Die Steinkohleemissionen nahmen um 17 % ab, die Braunkohleemissionen um moderate 0,7 %. Die Zunahme der Erdgasemissionen um 2,4 % fällt demgegenüber in absoluten Emissionen gemessen kaum ins Gewicht. Im Jahr 2017 emittierten die rund 1.830 stationären Anlagen in Deutschland im Emissionshandel (ETS, Emission Trading System) rund 438 Millionen Tonnen Kohlendioxidäquivalente und damit 3,4 % weniger als 2016. Damit fällt der Rückgang der Emissionen im Emissionshandelssektor stärker aus als der Rückgang der gesamten deutschen Treibhausgasemissionen, welche auch andere Sektoren (z.B. Verkehr, Haushalte) umfassen. Die kürzlich veröffentlichte Nahzeitschätzung des UBA hatte für diese eine Minderung von 0,5 % ermittelt. Die deutschen ETS-Emissionen entwickelten sich damit gegenläufig zum EU-weiten Durchschnitt. Den Emissionsanstieg des gesamten EU-ETS schätzen unabhängige Marktanalysten auf Basis der von der EU Kommission freigegebenen vorläufigen Daten mit 0,6 bis 1,0 %. Dieser Anstieg ist maßgeblich durch wirtschaftliches Wachstum getrieben. Auch die deutsche Wirtschaft wächst, der Anstieg der Industrieemissionen um 2,1 % wird jedoch durch den starken Rückgang der Emissionen der Energieanlagen um 5,4 % mehr als ausgeglichen. Der Preis für Emissionsberechtigungen (EUA) von durchschnittlich 5,88 Euro im Jahr 2017 war zu gering, um Anreize für emissionsmindernde Investitionen im Industriebereich zu setzen. Seit Anfang des Jahres hat sich der Preis allerdings mehr als verdoppelt und liegt nun auf einem Niveau wie zuletzt im Jahre 2011.

Quelle: UBA, http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/emissionshandel-deutsche-anlagen-mindern-2017-um-34-%.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2014.%20April%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 11.4.18

Emissionen in Verkehr und Landwirtschaft

Im Verkehrssektor stiegen die Emissionen 2017 um 3,8 Millionen Tonnen auf 170,6 Millionen Tonnen (plus 2,3 %) an. Ein Grund dafür ist, dass nach Daten des Kraftfahrtbundesamtes der Pkw-Bestand im Jahr 2017 um rund 1,5 % anstieg. Mehr Autos auf der Straße lassen höhere Fahrleistungen und damit höhere Treibhausgasemissionen erwarten. Auch bei Lkw und Sattelzugmaschinen sind die Bestände 2017 deutlich gewachsen (+4,1 % bzw. +4,4 %). In Kombination mit der guten Konjunktur führte das zu mehr Gütertransporten auf der Straße. Dagegen tragen der schrumpfende Anteil von

Diesel-Pkw und der wachsende Anteil von Benzin-Pkw bei den Neuzulassungen kaum zum Anstieg der Emissionen bei. Zusammen mit dem Trend zu stärker motorisierten Pkw verursacht dies nur ein Plus von maximal 0,2 Millionen Tonnen im Jahr 2017.

Während in der Landwirtschaft die Treibhausgas-Emissionen nahezu stagnierten, gingen sie im Abfallsektor um 4,3 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Dieser anhaltende Rückgang geht maßgeblich auf die Entwicklung im Bereich der Abfalldeponierung zurück. Seit 2005 dürfen in Deutschland keine biologisch abbaubaren Abfälle mehr deponiert werden – das macht sich neben Abfalltrennung und Recycling bei den Emissionen positiv bemerkbar.

Quelle: <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/klimabilanz-2017-emissionen-gehen-leicht-zurueck>

Vattenfall klagt gegen Atomausstieg

Der Konzern Vattenfall klagt auf Schadenersatz gegen Deutschland wegen des Atomausstiegs. In den kommenden Wochen wird nun in Washington über 4,4 Mrd. Euro plus Zinsen entschieden. Bereits im Dezember 2016 hatte das Bundesverfassungsgericht dem Atomkonzern recht gegeben. Die damalige Bundesregierung aus Union und FDP habe mit der 13. Novelle des Atomausstiegsgesetzes die Eigentumsrechte der Besitzer von Kernkraftwerken in Deutschland verletzt. Vattenfall müsse entschädigt werden, da das Unternehmen nach der Sofort-Stillegung seiner beiden Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel keine Möglichkeit hatte, die zugeteilten Reststrommengen zu nutzen. Insbesondere das AKW Krümmel steht im Fokus der Gerichte, denn der jüngste der stillgelegten Atomreaktoren hatte noch große Reststrommengen übrig.

Bis Ende Juni muss die Bundesregierung über die Art und Weise der Entschädigung Vattenfalls entscheiden, auch die Höhe hatte das Bundesverfassungsgericht nicht selbst festgesetzt sondern der Politik überlassen. Allerdings hat der Konzern keine Handhabe, die Entschädigung einzutreiben, falls sie ausbleiben sollte, berichtet die Süddeutsche Zeitung. Das zuständige Bundesumweltministerium prüfe noch immer die Umsetzung des Urteils.

In dem Verfahren vor dem Washingtoner Schiedsgericht soll bald eine Entscheidung gefällt werden.

Quelle: <https://www.energiezukunft.eu/umwelt/politik/deutschland-droht-wegen-atomausstieg-Mrd.zahlung-gn105254/> 21.2.18

Kalifornien macht Solardächer zur Pflicht

Als erster Bundesstaat der USA will Kalifornien Solardächer zur Pflicht machen. Häuser, die ab 1. Januar 2020 gebaut werden, müssen mit Solarpaneelen bestückt sein. Das beschloss die zuständige California Energy Commission in dieser Woche einstimmig. Der Beschluss muss noch von einer weiteren Behörde, der Building Standards Commission, bestätigt werden.

Ausnahmen sind möglich bei Gebäuden, die komplett im Schatten liegen oder wo es aus anderen Gründen nicht effektiv wäre, Solaranlagen zu installieren. Bereits heute bezieht der Sonnenstaat Kalifornien 16 % seines Stroms aus Solarenergie.

<https://www.klimareporter.de/strom/kalifornien-macht-solardaecher-zur-pflicht> 10.5.18

Mrd.-Kredit für neue Gaspipeline

Die Europäische Investitionsbank will die Trans-Adria-Pipeline (TAP) mit einem Darlehen von 1,5 Mrd. Euro unterstützen. TAP ist der europäische Teil des sogenannten Südlichen

Gas-Korridors, der Gas vom Kaspischen Meer in den Mittelmeerraum transportieren soll. Nach Nord Stream 2 wird der Süd-Korridor das zweite große Pipelineprojekt in der EU, das ab 2020 Gas nach Europa bringen soll.

Am Bau der Pipeline ist unter anderem Aserbaidschan beteiligt, aus dessen Gasfeldern die EU beliefert werden soll. Das Gas soll dann durch die Türkei und Griechenland nach Albanien geleitet werden und dann durch die Adria nach Süditalien fließen.

<http://www.klimaretter.info/energie/nachricht/24272-Mrd.-kredit-fuer-neue-gaspipeline>
13.2.18

Erdöl ist keine einheitliche Handelsware. Fracking-Öl hat um einen 20-30% geringeren Energiegehalt. Sie führten in den USA zu einem Überangebot, da sie von den Raffinerien nicht im vollen Umfang zu den vom Markt gewünschten Produkten verarbeitet werden können. Die Förderung von Nordseeöl geht seit dem Jahr 2000 erheblich zurück.

Besonders aufwändig, teuer und teilweise sehr riskant ist die Gewinnung von Schwerstölen und Teersanden sowie die Ölförderung aus der Tiefsee und aus arktischen Regionen.

<http://www.klimaretter.info/energie/hintergrund/24194-oel-ist-nicht-gleich-oel>
24.1.18

Elektrolysegas mit WKA bald preiswerter als Erdgas

Erneuerbarer Wasserstoff kann schon in den 2030er-Jahren günstiger zur Verfügung stehen als fossiles Erdgas. Während die Preise für Erdgas bis 2040 kontinuierlich steigen – von derzeit rund zwei Cent auf dann 4,2 Cent pro Kilowattstunde (kWh) –, sinken die Produktionskosten für auf Basis von Grünstrom erzeugtem Wasserstoff – oder Windgas – im gleichen Zeitraum von aktuell rund 18 auf dann voraussichtlich auf 3,2 bis 2,1 ct/kWh. Nur mit Windgas als Speichertechnologie lassen sich Dunkelflauten – das heißt Phasen mit wenig Wind und Sonne - von bis zu zwei Wochen zu vertretbaren Kosten überbrücken. Zugleich ist es nötig, um die CO₂-Emissionen etwa im Flug- oder Schiffsverkehr, in der Stahlproduktion oder der Chemieindustrie zu senken. In diesen Bereichen hat die Energiewende bislang praktisch nicht stattgefunden.

Quelle Greenpeace Energy eG <https://www.greenpeace-energy.de/presse/artikel/windgas-in-wenigen-jahren-preiswerter-als-erdgas.html> 20.4.18

neue Studie zu Stromgestehungskosten

Das Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE hat die vierte Auflage ihrer Studie zu den Gestehungskosten für Strom aus erneuerbaren Energien in Marktszenarien bis zum Jahr 2035 vorgelegt.

Die Gestehungskosten für Strom aus erneuerbaren Energien sinken kontinuierlich. Neu errichtete Photovoltaik-Anlagen und Onshore-Windenergieanlagen an günstigen Standorten sind bereits heute günstiger als fossile Kraftwerke.

Die Technologieentwicklungen bei der Photovoltaik führen zu starken Kostensenkungen, so daß sie unter allen Kraftwerkstypen im Mittel die kostengünstigste Technologie in Deutschland ist. Aktuell erzielen PV-Anlagen Stromgestehungskosten zwischen 3,71 und 11,54 ct/kWh. Beim Windstrom führten sinkende Anlagekosten und steigende Volllaststunden zu den niedrigen Gestehungskosten von 3,99 bis 8,23 ct/kWh. Trotz höherer durchschnittlicher Volllaststunden von bis zu 4500 Stunden/Jahr sind Offshore-Windenergieanlagen mit knapp 7,49 bis 13,79 ct/kWh deutlich teurer, was an den höheren

Installations-, Betriebs- und Finanzierungskosten liegt.

Ab 2030 fallen die Stromgestehungskosten für PV-Anlagen unter 4,7 ct/kWh für Aufdachanlagen bzw. 2,41 ct/kWh für Freiflächenanlagen.

Offshore-Anlagen haben noch ein starkes Kostenreduktionspotenzial und zugleich ist durch die technische Weiterentwicklung eine Steigerung der Volllaststunden zu erwarten.

Bis 2035 werden sie je nach Standort und Windangebot mit 3,49 bis 10,07 ct/kWh vergleichbare Preise wie heutige PV-Kraftwerke erreichen.

Quelle: <https://www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/documents/publications/studies/D E2018 ISE Studie Stromgestehungskosten Erneuerbare Energien.pdf> 21.3.18

geplante EU-Richtlinie zu erneuerbaren Energien

In den aktuellen EU-Verhandlungen über die europäische Erneuerbaren-Energien-Richtlinie verweigert sich die Bundesregierung weiterhin den Plänen, mehr Rechte für kleine Eigenerzeuger von Solarstrom – so genannte „Prosumer“ – zu schaffen. EU-Parlament und Kommission befürworten diese Rechte und wollen zudem finanzielle Hürden für den Handel mit dezentralem Bürgerstrom abbauen.

Es geht der Bundesregierung wohl eher um Lobbyismus für Konzerne der alten Energiewirtschaft.

Die geplante Regelung zu den Prosumerrechten ist Teil der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (Art. 21) im EU-Paket „Saubere Energie für alle Europäer“. Dessen Verordnungen und Richtlinien schreiben die legislativen Rahmenbedingungen für den europäischen Energiemarkt der kommenden Jahre fest. Im Rahmen ihrer „Trilog“-Verhandlungen verhandeln Kommission, Parlament und Rat der Europäischen Union derzeit auf Grundlage ihrer jeweiligen Entwürfe einen gemeinsamen Kompromissvorschlag und wollen diesen noch 2018 verabschieden.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/deutschland-blockiert-neue-eigenerzeuger-rechte-in-der-eu.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2031.%20M%C3%A4rz%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 29.3.18

Bündnis Bürgerenergie: Online-Petition: <https://bit.ly/2E1cxuX>

Landwirtschaft und Ozonschicht

Das Gas Distickstoffmonoxid (N₂O, Lachgas) trägt maßgeblich zur Klimaerwärmung und Zerstörung der Ozonschicht bei.

Vor allem Böden aus organischem Material wie etwa Torf in Mooren enthalten mehr als ein Zehntel des weltweit verfügbaren Stickstoffs. Bedingt durch Klimawandel und verstärkte Landnutzung haben die N₂O-Freisetzen dieser Böden stark zugenommen. Besonders die Veränderung der Bodenfeuchte – etwa bei der Entwässerung von Mooren oder der Bewässerung im Rahmen landwirtschaftlicher Nutzung – macht organische Böden zu enormen N₂O-Quellen. Damit konnten 72 % der globalen N₂O-Freisetzen der untersuchten organischen Böden erklärt werden.

Zudem stellten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fest, daß mit zunehmender Bodentemperatur mehr Lachgas freigesetzt wird. Damit verstärkt sich die Lachgasemission mit dem Klimawandel.

Quelle: Justus-Liebig-Universität Gießen

http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/landwirtschaft-und-globale-erwaermung-verstaerken-freisetzung-von-klimaschaedlichem-lachgas.html?utm_source=%3A%3A

[%20Sonnenseite%20Newsletter%202014.%20April%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/klimawandel-bis-zu-50-%-der-tier-und-pflanzenarten-gefaehrdet.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202017.%20M%C3%A4rz%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 13.4.18

Bei zwei Grad ist die Arktis eisfrei

Auch wenn die Erhitzung der Erde auf zwei Grad begrenzt werden kann, wird die Arktis voraussichtlich im Jahr 2100 alle 4 Jahre in den Sommermonaten eisfrei sein und dann eine Eisfläche von weniger als einer Million Quadratkilometern haben.

Wenn es der Menschheit allerdings gelingt, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, würde die Wahrscheinlichkeit eines eisfreien Sommers laut Studie um 70 % abnehmen.

Dann wäre der Arktische Ozean nur etwa alle 40 Jahre im Sommer eisfrei.

Im Sommer 2017 schrumpfte das Meereis in der Arktis auf 4,7 Millionen Quadratkilometer. Zudem verliert das arktische Meereis nicht nur an Fläche, sondern auch an Dicke – was das Eis schneller brechen lässt.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/forschung/nachricht/24449-bei-zwei-grad-ist-arktisch-regelmaessig-eisfrei> 4.4.18

Klimawandel gefährdet bis zu 50 % der Tier- und Pflanzenarten

Bis zur Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten in den weltweit bedeutendsten Naturregionen werden mittelfristig dem Klimawandel zum Opfer fallen.

Selbst wenn das 2-Grad-Ziel eingehalten wird, also das obere Ende der Beschlüsse im Pariser Klimavertrag, fielen der Rückgang der Artenvielfalt noch erheblich aus: In diesem Fall würde noch jede vierte Art in den Schlüsselregionen aussterben.

Sollte es zu einem durchschnittlichen globalen Temperaturanstieg von 4,5 Grad kommen, auf den die Menschheit aktuell zusteuert, hätte dies in diesen und weiteren Regionen dramatische Folgen: in den Miombowäldern verschwänden bis zu 90 % aller Amphibien, 86 % aller Vogel- sowie 80 % aller Säugetierarten. Für den Amazonas-Regenwald rechnen die Forscher mit einem Rückgang der Pflanzenvielfalt um 69 %. Auf Madagaskar wird ein Verlust von bis zu fast 60 % sämtlicher Tier- und Pflanzenarten prognostiziert.

Quelle: WWF, http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/klimawandel-bis-zu-50-%-der-tier-und-pflanzenarten-gefaehrdet.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202017.%20M%C3%A4rz%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 16.3.18

Ergebnisse der Klimapfade-Untersuchung

Mit einer Fortsetzung derzeitiger Anstrengungen in Form bestehender Maßnahmen, beschlossener politischer und regulatorischer Rahmenbedingungen sowie absehbarer Technologieentwicklungen („Referenzpfad“) werden bis 2050 ca. 61 %

Treibhausgas(THG)-Reduktion gegenüber 1990 erreicht. Es verbleibt damit eine Lücke von 19 bis 34 Prozentpunkten zu den deutschen Klimazielen.

80 % THG-Reduktion sind technisch möglich und in den betrachteten Szenarien volkswirtschaftlich verkraftbar. 95 % THG-Reduktion wären an der Grenze absehbarer technischer Machbarkeit und heutiger gesellschaftlicher Akzeptanz. Eine solche Reduktion erfordert praktisch Nullemissionen für weite Teile der deutschen Volkswirtschaft. Dies würde neben einem weitestgehenden Verzicht auf alle fossilen Brennstoffe und dem Import erneuerbarer Kraftstoffe, den selektiven Einsatz von CO₂-Speicherung (CCS) und sogar weniger Emissionen im Tierbestand bedeuten. Eine erfolgreiche Umsetzung wäre nur bei ähnlich hohen Ambitionen in den meisten anderen Ländern vorstellbar.

Quelle: <https://bdi.eu/themenfelder/energie-und-klima/klima2050/#/artikel2/news/kernergebnisse-der-studie-klimapfade-fuer-deutschland/>

Klimawandel verschärft Dürren in Europa

Die globale Klimaerwärmung wird das Problem der Dürren in Europa verschärfen - Dürren werden länger dauern, mehr Flächen und damit mehr Menschen betreffen.

Erwärmt sich die Erde um drei Grad Celsius, werden Extremereignisse wie die Dürre im Jahr 2003 künftig in weiten Teilen Europas der Normalzustand sein. Sollte die globale Erwärmung um drei Grad steigen, wird sich die Fläche der Dürregebiete in Europa im Vergleich zum Referenzzeitraum 1971 bis 2000 von 13 auf 26 % verdoppeln.

Gelingt es, wie im Pariser Klimaschutzabkommen festgehalten, die Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, werden Dürreregionen in Europa 19 % der Fläche einnehmen. Mit Ausnahme von Skandinavien werden die größten Dürreereignisse zudem drei bis viermal länger dauern als bisher. Bis zu 400 Millionen Menschen könnten dann davon betroffen sein.

Bei einer Drei-Grad-Erwärmung gehen wir von 5,6 Dürremonaten pro Jahr aus; bislang lag die Zahl bei 2,1 Monaten. Steige die Erderwärmung dagegen lediglich um 1,5 Grad Celsius, seien jährlich nur 3,2 Dürremonate in der Mittelmeerregion zu erwarten.

Quelle: Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung,

http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/klimawandel-verschaerft-duerren-in-europa.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2028.%20April%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 24.4.18

Abschwächung des Golfstroms

Der Golfstrom ist heute schwächer als je zuvor in den vergangenen 1000 Jahren. Diese große Ozeanzirkulation hat sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts um etwa 15 % verlangsamt. Es kommt dadurch zur Abkühlung des Ozeans südlich von Grönland und zur Erwärmung vor der US-Küste. Gleichzeitig verlagert sich der Golfstrom in der Nähe der USA nach Norden und Richtung Land, dabei erwärmt er die Gewässer entlang der nördlichen Hälfte der US-Atlantikküste.

Die Umwälzströmung des Atlantik wird durch die Dichte-Unterschiede des Meerwassers angetrieben: Wenn das warme und damit leichtere Wasser von Süden nach Norden fließt, wird es kälter und damit dichter und schwerer – es sinkt in tiefere Meeresschichten und fließt zurück in den Süden. Aber mit der globalen Erwärmung, verstärkten Regenfällen sowie Schmelzwasser aus dem arktischen Meereis und Grönlandeis wird das Wasser des Nordatlantiks verdünnt, sein Salzgehalt sinkt. Weniger salzhaltiges Wasser ist weniger dicht und damit weniger schwer – was es für das Wasser schwieriger macht, von der Oberfläche in die Tiefe zu sinken.

Die Ergebnisse werden durch eine zweite Studie gestützt, die zum Beispiel in der Zusammensetzung von Ablagerungen auf dem Meeresboden zu finden sind –, um Veränderungen in der atlantischen Umwälzströmung in den letzten 1600 Jahren zu rekonstruieren, während die frühere Studien Daten aus Eisbohrkernen und Baumringen nutzten.

Quelle: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung.

http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/staerkere-belege-fuer-abschwaechung-des-golfstromsystems.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2014.%20April%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-

Ozonschicht dünnt sich aus

Die Ozonschicht nahm in den letzten Jahren über den dicht besiedelten mittleren Breiten und den Tropen weiter ab, während sie sich an den Polen erholt. Die Ozonschicht schützt das Leben auf der Erde vor energiereicher Strahlung. Als im 20. Jahrhundert zu viele ozonzerstörende FCKW in die Atmosphäre gelangten, dünnte sich die Ozonschicht in der Stratosphäre, also in 15 bis 50 km Höhe, global aus. 1989 trat mit dem Montrealer Protokoll ein Verbot dieser langlebigen Substanzen in Kraft. Um die Jahrtausendwende schien der Abbau des stratosphärischen Ozons gestoppt.

Trotz des FCKW-Banns geht die Konzentration von Ozon im unteren Teil der Stratosphäre (15 bis 24 km), wo die Ozonschicht am dichtesten ist, zwischen Breiten von 60° S und 60° N weiter zurück. Der Nachweis gelang dem Team mit Hilfe von Satellitenmessungen der letzten drei Jahrzehnte.

Seit 1998 nimmt das Ozon in der oberen Stratosphäre, also oberhalb etwa 30 km, als Folge des Montrealer Protokolls wieder deutlich zu. Auch über den Polregionen erholt sich die Stratosphäre. Die global gemittelte Ozonsäule blieb aber konstant, was in Fachkreisen als Indiz dafür gewertet wurde, daß Ozon in der unteren Stratosphäre zurückgeht. Die Gründe für den anhaltenden Rückgang sind noch unklar. Zum einen verändert der Klimawandel das Muster der atmosphärischen Zirkulation, welche die Luft aus den Tropen schneller und tiefer polwärts transportiert, so dass weniger Ozon gebildet wird.

Zum anderen nehmen sehr kurzlebige, chlor- und bromhaltige Chemikalien («Very Short-Lived Substances», VSLS) zu und könnten vermehrt in die untere Stratosphäre gelangen, etwa durch intensivere Gewitterstürme. Ozonzerstörende VSLS sind teils natürlichen, teils großindustriellen Ursprungs. Einige sind Ersatzstoffe für FCKW, zwar weniger ozonschädlich, aber nicht neutral.

Quelle: ETH Zürich, http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/ozonschicht-duennt-sich-weiter-aus.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2010.%20Februar%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 10.2.18

Trump streicht Nasa-Gelder zur Klimaüberwachung

Seit 2010 überwacht die Nasa mit ihrem Carbon Monitoring System den Ausstoß von Klimagasen. Nun hat US-Präsident Trump das Budget des Satellitenprogramms gestrichen. Die Entscheidung ist ein weiterer Schlag gegen das Paris-Abkommen. Die Nasa hatte das Programm 2010 gestartet. Es ist bisher mit einem Budget von jährlich zehn Millionen US-Dollar ausgestattet. Per Satellit wird damit weltweit der Ausstoß von Kohlendioxid und Methan untersucht und deren Gehalt in der Atmosphäre überwacht.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/gesellschaft/trump-streicht-nasa-gelder-zur-klimaueberwachung> 12.5.18

Bundesregierung rechnet mit steigenden Emissionen

Die Bundesregierung wollte den Gesamt-Energieverbrauch von 2010 bis 2020 um 20% senken, gemessen an 2008. In den letzten drei Jahren ist aber der Kraftstoffverbrauch im Straßenverkehr um 6% gestiegen, der Flugverkehr sogar um 10%. 2017 habe der Stromverbrauch im Land bei fast 600 Mrd kWh gelegen, rund 10 Mrd mehr als 2014. Für die im Koalitionsvertrag für 2030 zugesagten 65 % Erneuerbaren-Anteil am

Strommarkt formuliert die Bundesregierung neuerdings eine Vorbedingung, die bei einer beschleunigten Energiewende erfüllt werden müsse, nämlich ein "weiterer zielstrebig, effizienter, netzsynchroner und zunehmend marktorientierter Ausbau" der Erneuerbaren. <https://www.klimareporter.de/deutschland/bundesregierung-rechnet-mit-steigenden-emissionen> 11.5.18

Klimaverhandlungen

Viele Regierungen haben bei den Klimaverhandlungen in Bonn betont, daß bis 2020 bessere Klimaziele für die Zeit bis 2030 vorbereitet werden müssen. Anders ist das Ziel des Pariser Abkommens, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 und möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, nicht zu erreichen. Mit dem sogenannten Talanoa-Dialog ist es gelungen, diese vor allem für viele der ärmsten Länder zentrale Überlebensfrage in das Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Bei diesem Dialog, dessen erste Runde bei den Bonner Verhandlungen stattgefunden hat, haben Vertreter von Regierungen, Unternehmen, Städten und Nichtregierungsorganisationen aus aller Welt beraten, welche zusätzlichen Anstrengungen wie umzusetzen sind, damit die Ziele des Paris-Abkommens erreicht werden können.

Bis zur nächsten Verhandlungsrunde im September in Bangkok muß ein weiterentwickelter Verhandlungstext erarbeitet werden.

Beim Klimagipfel in Katowice im Dezember sollen robuste Umsetzungsregeln für das Pariser Abkommen beschlossen werden.

Damit auch arme Länder sich zu mehr Klimaschutz verpflichten und mit den bereits unvermeidbaren Folgen des Klimawandels umgehen können, brauche es finanzielle Unterstützung aus den reichen Ländern. Die Industrieländer müssen für eine verlässliche Finanzierung der Anpassung an den Klimawandel sorgen. Beim Thema Finanzierung sind die Staaten in Bonn viel zu vage geblieben.

Quelle: Germanwatch, http://www.sonnenseite.com/de/politik/erste-fortschritte-auf-dem-weg-zu-ausreichenden-klimazielen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2012.%20Mai%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 10.5.18

CO2-Konzentration steigt

Zum ersten Mal seit Aufzeichnungsbeginn hat die Konzentration von Kohlendioxid in der Atmosphäre im monatlichen Durchschnitt den Wert von 410 parts per million überschritten. Mit dem Beginn der Industrialisierung betrug die Konzentration von Kohlenstoffdioxid in der Erdatmosphäre noch weniger als 280 parts per million (ppm). Inzwischen ist die Konzentration jedoch um etwa 47 % gestiegen und kletterte im April im Durchschnitt auf den Rekordwert von 410,31 ppm. Das geht aus der Messreihe der Keeling-Kurve am Mauna Loa Observatorium in Hawaii hervor. Dabei ist deutlich zu erkennen, dass die CO2-Konzentration in den letzten Jahrzehnten unaufhörlich angestiegen ist. Die Wachstumsrate betrug im Schnitt etwa 2,5 ppm pro Jahr.

In dem jetzigen Jahrzehnt steigt die Keeling-Kurve allerdings schon schneller an, als es noch zwischen den Jahren 2000 und 2010 der Fall war.

Seit dem Start der Keeling-Kurve im Jahr 1958 ist die Kohlenstoffdioxid-Konzentration in der globalen Atmosphäre bereits um rund 30 % gestiegen. Auch wenn das CO2-Level schon immer natürlichen Schwankungen unterlag, überstieg es in den letzten 800.000 Jahren trotzdem nie die Marke von 300 ppm, so die Wissenschaftler.

Quelle: <https://www.energiezukunft.eu/klimawandel/co2-konzentration-ueberschreitet-weiteren-schwellenwert/> 9.5.18

Bundeshaushalt

Der vorgelegte Haushaltsentwurf für den Bundeshaushalt sieht keine Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden mehr vor. Dabei steht im Koalitionsvertrag: „Wir wollen die energetische Gebäudesanierung steuerlich fördern. Dabei werden wir für die Antragsteller ein Wahlrecht zwischen einer Zuschussförderung und einer Reduzierung des zu versteuernden Einkommens vorsehen.“

Die im Koalitionsvertrag vereinbarten zusätzlichen Ausschreibungen von jeweils 2 GW für Windkraft und PV für die nächsten beiden Jahre sind im ersten Entwurf der nächsten EEG-Novelle ebenfalls nicht enthalten.

Damit will die Bundesregierung offensichtlich nach jahrelangem Verlangsamten der Erneuerbaren Energien diesen Rückgang weiter verstärken. Dabei werden Union und SPD selbst mit den zusätzlichen je 2 GW Ausschreibungen den Ökostromsektor weiter reduzieren. Auch das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel von 65 % Ökostrom bis 2030 ist eine weitere Verlangsamung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien.

Quelle: Hans-Josef Fell, Energy Watch Group

http://www.sonnenseite.com/de/politik/groko-beginnt-zu-regieren-und-der-klimaschutz-kommt-unter-die-raeder.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2012.%20Mai%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter
8.5.18

1,5 Grad nur mit CO2-Entzug

Mögliche Wege, wie die Erderwärmung bis zum Jahr 2100 auf 1,5 Grad begrenzt werden kann, zeigen Modellstudien einer Forschergruppe um Joeri Rogelj vom Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg bei Wien.

Die Modelle, die das 1,5-Grad-Limit einhalten, kombinieren dabei eine rasche Abkehr von der fossil geprägten Wirtschaft hin zu CO2-armen Energieträgern mit der Reduzierung des Energieeinsatzes insgesamt – und dem Entzug von CO2 aus der Atmosphäre. Letzteres soll sowohl mit technischen Mitteln als auch durch Aufforstung geschehen.

Quelle <http://www.klimaretter.info/forschung/nachricht/24351-1-5-grad-nur-mit-co2-entzug>
7.3.18

Tauender Permafrost produziert mehr Methan

Der Permafrost beginnt zu tauen. Eine Studie zeigt, dass bei diesem Prozess offenbar mehr des klimaschädlichen Treibhausgases Methan produziert wird als gedacht. Mit einem Laborversuch über sieben Jahre konnte Dr. Christian Knoblauch vom Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit (CEN) der Universität Hamburg zeigen, dass wassergesättigte Permafrostböden ohne Sauerstoff sogar doppelt so klimaschädlich wirken können wie trockenere Böden.

Knoblauch konnte jetzt erstmals direkt im Labor messen und beziffern, wie viel Methan langfristig in tauendem Permafrost gebildet wird. Drei Jahre lang musste das Team warten, bis die rund vierzigtausend Jahre alten Proben aus der sibirischen Arktis schließlich Methan produzierten. Insgesamt hat das Team den Permafrost sieben Jahre lang beobachtet.

Unter Luftabschluss wird genauso viel Methan produziert wie CO2. Da Methan aber

weitaus klimawirksamer ist, fällt es sehr viel stärker ins Gewicht. Bisher wurde vermutet, dass im Permafrost unter Sauerstoffabschluss nur sehr geringe Mengen Methan gebildet werden, da es nicht gemessen werden konnte. „Es dauert extrem lange, bis sich in tauendem Permafrost stabile Kulturen von methanbildenden Mikroorganismen entwickeln“, erklärt Knoblauch. „Deshalb war der Nachweis der Methanbildung bisher so schwer.“ „Bis zu einer Gigatonne Methan und 37 Gigatonnen Kohlendioxid könnten im Permafrost Nordeuropas, Nordasiens und Nordamerikas bis zum Jahr 2100 entstehen“, schätzt der Bodenkundler.

Quelle: Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit (CEN) der Universität Hamburg, <https://www.uni-hamburg.de/newsroom/presse/2018/pm18.html> 23.3.18

Weltbank: Klimawandel und Migration

Der Klimawandel ist einer der Treiber zukünftiger Migration und könnte bis 2050 mehr als 100 Millionen Menschen dazu bringen, ihre Heimat zu verlassen. Besonders betroffen sind Afrika südlich der Sahara und Südasien, in geringerem Umfang auch Lateinamerika, wie ein jetzt von der Weltbank veröffentlichter Bericht zeigt.

Abnehmende Wasserressourcen und landwirtschaftliche Erträge werden, neben anderen wirtschaftlichen und sozialen Faktoren, zunehmend als Treiber von Migration innerhalb der jeweiligen Landesgrenzen in Erscheinung treten.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/weltbank-klimawandel-kann-millionen-menschen-zu-migranten-machen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2024.%20M%C3%A4rz%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 21.3.18

<http://www.worldbank.org/en/news/feature/2018/03/19/meet-the-human-faces-of-climate-migration>

Zunahme der Handyüberwachung

Die deutschen Sicherheitsbehörden nutzen vermehrt Handydaten, um Verdächtige ausfindig zu machen. Demnach verschickt der Verfassungsschutz sehr viel mehr sogenannte stille SMS, um Personen zu orten. Demnach hat der deutsche Inlandsgeheimdienst allein im zweiten Halbjahr 2017 rund 180.000 solcher heimlichen Nachrichten an Mobiltelefone von Verdächtigen versandt. Im Vorjahreszeitraum setzte die Behörde dieses Ermittlungsinstrument etwa 144.000 Mal ein.

Auch das Bundeskriminalamt (BKA) nutzt die Fahndungsmethode dem Bericht zufolge stärker: Das BKA habe in den vergangenen sechs Monaten des Jahres 2017 fast 22.000 solcher Kurzmitteilungen versandt – mehr als viermal so viel als noch im Vorjahreszeitraum.

Auch bei Funkzellenabfragen ist die Überwachung dem Bericht zufolge ausgedehnt worden. Der Netzbetreiber gibt dabei auf Anfrage alle Handynummern heraus, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer bestimmten Funkzelle eingebucht waren. Das BKA habe in der zweiten Jahreshälfte 2017 insgesamt 376 Mal davon Gebrauch gemacht, im Jahr zuvor nur einmal. Die Bundespolizei nutze den sogenannten Imsi-Catcher zum Abhören von Telefongesprächen besonders häufig – 61 Mal kam das Überwachungsinstrument zuletzt zum Einsatz, knapp achtmal so häufig wie 2016.

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-01/stille-sms-handy-ueberwachung-bundeskriminalamt-sicherheit> 24.1.18

Trojaner ab Werk inklusive

Sicherheitsforscher listen über 40 Android-Smartphones auf, die einen von Angreifern modifizierbaren Trojaner an Bord haben. Dieser soll sich nicht ohne Weiteres entfernen lassen.

Wer ein günstiges Android-Smartphone besitzt, sollte einen Blick auf eine Liste vom Hersteller von Anti-Viren-Software Dr. Web werfen. Dort finden sich Geräte von verschiedenen, vorwiegend chinesischen Herstellern, die den Sicherheitsforschern zufolge einen vorinstallierten Trojaner mitbringen. In dieser Liste stehen mehr als 40 von Werk aus infizierte Geräte. Es könnten aber noch mehr Smartphones mit dem Trojaner verseucht sein. Ob der Schädling ab Werk aktiv ist und was er macht, ist unbekannt.

Um sein Schadenswerk zu starten, soll sich der Trojaner im Systemprozess Zygote von Android verankern. Das ist eine Art Mutterprozess, der allen Apps bestimmte Systemressourcen zur Verfügung stellt. Die dafür notwendigen Root-Rechte soll er sich auf nicht näher beschriebenen Wegen erschleichen. In dieser Position soll er laufende Apps manipulieren und zusätzliche Module für weitere Funktionen herunterladen können.

Quelle: <https://www.heise.de/security/meldung/Bei-40-guenstigen-Android-Smartphones-ist-ein-Trojaner-ab-Werk-inklusive-3986299.html> 5.3.18

Verbot von Neonikotinoiden

Die EU hat ein europaweites Verbot der drei bienengiftigsten Neonicotinoide Imidacloprid, Thiamthoxam und Clothianidin im Freiland beschlossen. Österreich, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Schweden, Holland, Malta und Kroatien haben für das Verbot gestimmt.

EU-weit sind derzeit noch 4 weitere Neonicotinoide zugelassen sowie mehrere ähnlich wirkende Insektizide. Neonicotinoide breiten sich in der gesamten Pflanze aus, auch in Wurzeln und Blüten. Sie stören die Fortpflanzung und Orientierung von Insekten. Auf einige Arten wirken sie unmittelbar tödlich. Neueste wissenschaftliche Untersuchungen zeigen zudem, dass höchstens 20 % des Neonicotinoid-Wirkstoffs von Pflanzen aufgenommen werden. Der restliche Anteil geht in Boden oder Wasser über, wo er sich über Jahre anreichern und auch Folgekulturen oder benachbarte Flächen verunreinigen kann.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/ein-guter-tag-fuer-biene-hummel-und-schmetterling.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2028.%20April%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-

[Mail&utm_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/politik/ein-guter-tag-fuer-biene-hummel-und-schmetterling.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2028.%20April%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 28.4.18

<https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/landnutzung/landwirtschaft/pestizide/24125.html>

Pestizidbericht

Der NABU hat den ersten Pestizidbericht für Baden-Württemberg vorgestellt.

Etwa 2.300 Tonnen Pestizide werden jedes Jahr allein im Weizen-, Gerste-, Mais-, Raps-, Zuckerrüben-, Kartoffel-, Wein- und Apfelanbau eingesetzt. Zusammen sind dies etwa 80% der Acker- beziehungsweise Dauerkulturflächen im Land. Im Südwesten werden damit etwa 9% der bundesweit eingesetzten Pestizide in der Landwirtschaft ausgebracht. Von den 2.300 Tonnen entfallen 56% auf Fungizide, 35% auf Herbizide, 2% auf Insektizide und 7% auf Wachstumsregulatoren. Das weltweit umstrittene, wahrscheinlich

krebserregende Totalherbizid Glyphosat ist mit 203 Tonnen pro Jahr auf insgesamt 145.000 Hektar auch in Baden-Württemberg das am häufigsten eingesetzte Mittel, um unerwünschte Wildkräuter auf dem Acker abzutöten.

Pestizide belasten die Umwelt und tragen zum Rückgang der Artenvielfalt bei. Äpfel und Weinreben machen zwar nur 6% der Anbaufläche der acht untersuchten Anbaukulturen aus, es werden dort aber 44% aller Pestizidwirkstoffe ausgebracht. Die Getreidesorten Mais, Wintergerste und Winterweizen vereinen zusammen mit der Ölfrucht Winterraps 91% der Anbaufläche der 8 Kulturen, werden jedoch „nur“ mit der Hälfte der ausgebrachten Pestizidwirkstoffe behandelt. Die Wirkstoffmenge allein reicht aber noch nicht aus, um eine sinnvolle Bewertung vorzunehmen. Entscheidend ist, wie giftig die eingesetzten Wirkstoffe sind.

Der Pestizidbericht basiert auf Erhebungen des Julius-Kühn-Instituts (JKI), dem Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen, angesiedelt beim Deutschen Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Das JKI liefert Durchschnittswerte aus mehr als 1.300 landwirtschaftlichen Testbetrieben zum Einsatz von Pestiziden in unterschiedlichen Kulturen. Die aktuellsten öffentlich zugänglichen Zahlen stammen aus dem Jahr 2014. Für die Analyse betrachtet wurden die acht Kulturpflanzen Winterweizen, Wintergerste, Mais, Winterraps, Zuckerrüben, Kartoffeln, Wein und Äpfel. Sie machen zusammen etwa 80% der landwirtschaftlichen Flächen der Dauerkulturen und des Ackerbaus von Baden-Württemberg aus.

Der NABU fordert eine Halbierung des Pestizideinsatzes bis 2025.

Quelle: <https://baden-wuerttemberg.nabu.de/natur-und-landschaft/landwirtschaft/landesagrarpolitik/24100.html> 22.3.18

Europa verheizt seine Wälder

Zwei Drittel der erneuerbaren Energie in der EU stammen aus Biomasse. Dazu gehört auch die Strom- und Wärmegewinnung durch Holzverbrennung.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts stand es schlecht um den Wald in Europa. Unmengen von Holz verschlangen all die Häuser und Schiffe und überall wurde Brennholz zum Kochen und Heizen gebraucht. Zeitzeugen berichten von "wüstenartigen Landschaften". Durch den Einsatz des neuen Energieträgers Kohle konnte der Raubbau beendet werden. Holz emittiert pro erzeugter Energieeinheit die gleiche Menge CO₂ wie Kohle. Holzpellets – bei deren Herstellung weitere Energie zum Verpressen benötigt wird – haben am Ende sogar eine noch schlechtere CO₂-Bilanz als Kohle. Bis 2050 könnte durch das Abholzen von Wäldern doppelt so viel CO₂ ausgestoßen werden wie durch fossile Energien. Bei der verbreiteten Praxis der Holznutzung, nur einzelne Bäume zu entnehmen, könne der Wald den Holzverlust jedoch in wenigen Jahren ausgleichen. In dem Fall sei die Verbrennung von Holz anstelle von Kohle sehr wohl klimaschonend, denn Holz könne sich im Gegensatz zu Kohle erneuern.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/energie/hintergrund/24136-europa-verheizt-seine-waelder> 16.1.18

keine Biomaseverbrennung fördern!

Wenn die Bundesregierung anpeilt, dass von den maximal möglichen 78 Millionen Kubikmeter Jahreseinschlag in Deutschland, bis zum Jahr 2020 knapp 50 Millionen verbrannt werden sollen, dann hat das nichts mehr mit Umweltschutz zu tun. Die Fördergelder, die da fließen, sollte man besser in Energiesparmaßnahmen oder die

Gebäudesanierungen investieren. Mit dem Wechsel des Energieträgers ist der Fokus völlig falsch gesetzt. Es sollte nicht so stark darum gehen, was wir verbrennen, sondern wie viel wir verbrennen.

Laut Umweltbundesamt könnte bis 2020 ein Viertel des Primärenergieverbrauchs eingespart werden, und zwar ohne Komforteinbußen. Wollte man diese 25 % nicht einsparen, sondern durch Bioenergie ersetzen, müsste man den gesamten Holzeinschlag Europas dafür verheizen. Wenn man Biomasse ohne Rücksicht auf die Rohstoffquelle fördert, führt das zu einer Ausplünderung unserer Landschaft.

Es gibt einen regelrechten Ansturm auf Holz. Relativ neu sind zum Beispiel die sogenannten Reisigbündler, große Maschinen, die mit einem Kran Äste, Reisig, Nadeln hinten auf eine Bündelmaschine aufpacken und zu großen Rollen pressen. Diese Rollen sind ungefähr drei Meter lang und einen halben Meter dick. Sie werden am Wegrand zum Trocknen gestapelt und irgendwann im nächsten Kraftwerk verheizt. Mit dieser Rohstoffgewinnung wird der gesamte Wald quasi ausgefegt. Der Boden blutet regelrecht aus, weil er die Nährstoffe verliert, sodass folgende Baumgenerationen viel kümmerlicher wachsen.

Es geht aber noch schärfer, vor allem in Nordrhein-Westfalen. Dort gibt es etliche Flächen, wo vor drei Jahren der Sturm Kyrill etliche Fichtenplantagen umgelegt hat. Dort läuft ein sogenannter Woodcracker darüber, der selbst die Baumwurzeln noch rausreißt. Diese werden aufgestapelt, getrocknet und unter anderem an ein RWE-Heizkraftwerk verkauft. Und man kann noch eine Stufe drauf setzen. Aktuell werden auf einigen dieser Flächen anschließend Schnellwuchsplantagen angelegt. Da werden Pappelklone gepflanzt, also genetisch völlig gleiche Bäume, die dann nach fünf oder sieben Jahren mit einer Maschine, ähnlich einem Mäseernter geschreddert, auf einem Hänger geblasen und ins nächste Kraftwerk gefahren werden.

Das fordert Herbizid- und Insektizideinsätze. Die Böden sind vollständig von diesem schweren Gerät befahren, und zwar mehrfach, so daß der Waldboden hinterher einem zusammengedrückten Schwamm gleicht. Er verliert dadurch viele ökologische Funktionen, unter anderem ein Großteil seiner Wasserspeicherfähigkeit und das kann nicht einfach rückgängig gemacht werden.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/umwelt/hintergrund/5623-das-holz-besser-im-wald-lassen> 27.4.18

Rote Listen bestätigen Insekten-Rückgang

Nicht nur die Biomasse der Insekten schwindet, auch deren Vielfalt nimmt erkennbar ab und das seit Jahrzehnten. Informationen stützen Studien um den Schwund der Insektenbiomasse.

Die Roten Listen beschreiben die Gefährdungssituation der Tier-, Pflanzen- und Pilzarten und stellen mit ihren Gesamtartenlisten eine Inventur der Artenvielfalt dar. Sie werden etwa alle zehn Jahre unter Federführung des Bundesamtes für Naturschutz für ganz Deutschland herausgegeben. Die Listen des auf acht Bände angelegten Gesamtwerkes sind das Ergebnis eines langjährigen Prozesses, bei dem die Kenntnisse von mehr als 20.000 ehrenamtlich Mitwirkenden zu den jeweiligen Arten oder Unterarten für Deutschland zusammengetragen, analysiert und aufbereitet werden.

Zuletzt ist mit Band 4 der Roten Liste im Oktober 2016 der zweite Teil der aktualisierten bundesweiten Roten Liste wirbelloser Tiere erschienen, in dem neben Tausendfüßern, Krebstieren, Spinnentieren sowie Regenwürmern aus der Gruppe der Wenigborster auch

neun Insektengruppen bewertet wurden. In den beiden bisher erschienenen Wirbellosen-Bänden sind damit 25 Insektengruppen mit mehr als 7.000 Arten bearbeitet.

Das sind über 21% der aus Deutschland bekannten Insektenarten, darunter die Wildbienen, Schmetterlinge, Köcherfliegen, Laufkäfer und Zikaden. Die Roten Listen weiterer Insekten, wie beispielsweise die Libellen und viele andere Käfergruppen, werden in Band 5 der Rote-Liste-Reihe in diesem Jahr erscheinen.

Quelle: BfN, <https://www.bfn.de/infothek/veroeffentlichungen/naturschutz-und-biologische-vielfalt.html> 20.3.18

Plastikmüll in den Meeren

China importiert seit Januar 2018 keine Plastikabfälle mehr. Das Importverbot des Landes, das 2016 mehr als 50 % der Plastikabfälle aufgenommen hat, dürfte zur Folge haben, dass noch weniger Plastik recycelt wird und noch mehr Plastikmüll in der Umwelt landet. Mikroplastik findet sich schon überall, auf den Meeren bilden sich in Strömungswirbeln gigantische Plastikinseln die weiter wachsen, obgleich das durch das UV-Licht und Reibung zerfallene Mikroplastik auf die Meeresböden absinkt.

Nicht nur Land und Wasser wird mit Plastik durchsetzt, es reichert sich auch in den Organismen und zuletzt im Menschen an. Plastik-Nano-Partikel können Zellmembrane durchdringen und in die Organe gelangen. Schon Mikroorganismen nehmen Plastik auf. Die Wissenschaftler haben Daten von Schiffen und Flugzeugen ausgewertet, um die Größe der Müllstrudel im Meer abschätzen zu können. Dabei kommen sie zu dem Ergebnis, das auf einem Gebiet von 1,6 Millionen Quadratkilometer mindestens 79.000 Tonnen Plastikteile dümpeln. Das sei viermal mehr, als man bislang geschätzt habe. Deutschland hat eine Fläche von 357.000 Quadratkilometer.

An der totalen Masse hat Mikroplastik nur einen Anteil von 8%, aber das täuscht, denn 94% der 1,8 Billionen geschätzten Teile, die hier dümpeln, ist Mikroplastik. Vorherrschend sind PE- und PP-Plastikteile mit einem kleinen Oberflächen-Volumen-Verhältnis. Ein Viertel des Plastikmülls stammt vom Fischen, der Schifffahrt und der Aquakultur.

Quelle: <https://www.heise.de/tp/features/Noch-mehr-Plastikmuell-in-den-Meeren-4003183.html> 25.3.18

Mikroplastik im arktischen Meereis

Forschende des Alfred-Wegener-Institutes, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI), haben im arktischen Meereis so viel Mikroplastik wie nie zuvor gefunden. Die meisten Partikel waren jedoch mikroskopisch klein. Die Eisproben aus fünf verschiedenen Regionen des Arktischen Ozeans enthielten zum Teil mehr als 12.000 Mikroplastik-Teilchen pro Liter Meereis. Die Plastik-Überreste waren zudem so charakteristisch im Eis verteilt, dass die Wissenschaftler ihre Spuren zurückverfolgen konnten. Diese reichen zum einen bis zum Müllstrudel im Pazifischen Ozean. Zum anderen verweist der hohe Anteil von Lack- und Nylonpartikeln auf den zunehmenden Schiffsverkehr und Fischfang im Arktischen Ozean.

Auf diese Weise wurden auch Kunststoffpartikel entdeckt, die winzige 11 Mikrometer klein sind. Das entspricht in etwa dem Sechstel-Durchmessers eines menschlichen Haares und war zudem der entscheidende Grund, warum über 12.000 Teilchen pro Liter Meereis zwei- bis dreimal so hohe Kunststoffkonzentrationen nachweisen konnten als dies in einer früheren Untersuchung.

Eisschollen, die in den pazifischen Wassermassen des Kanadischen Beckens getrieben

sind, enthielten besonders viele Polyethylen-Partikel. Polyethylen wird vor allem für Verpackungen verwendet. „Wir nehmen deshalb an, dass diese Bruchstücke Überreste des sogenannten Nordpazifischen Müllstrudels darstellen und mit dem pazifischen Einstrom durch die Beringstraße in den Arktischen Ozean gelangt sind“, schreibt das Autorenteam.

Im Gegensatz dazu entdeckten die Forscher im Eis aus den flachen sibirischen Randmeeren vor allem Lackpartikel von Schiffsanstrichen sowie Nylonreste von Fischernetzen. „Diese Funde belegen, dass sowohl der zunehmende Schiffsverkehr als auch der Fischfang in der Arktis deutliche Spuren hinterlassen. Die hohen Mikroplastik-Konzentrationen im Meereis sind nicht mehr nur auf Quellen außerhalb des Arktischen Ozeans zurückzuführen. Sie deuten auf lokale Verschmutzungen in der Arktis hin“, sagt Ilka Peeken.

Insgesamt fanden die Wissenschaftler 17 verschiedene Kunststofftypen im Meereis, darunter Verpackungsmaterialien wie Polyethylen und Polypropylen, aber auch Lacke, Nylon, Polyester und Cellulose Azetat. Letzteres wird vor allem bei der Herstellung von Zigarettenfiltern verwendet. Zusammen machten diese sechs Stoffe rund die Hälfte aller nachgewiesenen Mikroplastikpartikel aus.

„Das Meereis bindet all diese Kunststoffreste für zwei bis maximal elf Jahre – so lange dauert es nämlich bis Eisschollen aus den sibirischen Randmeeren oder der nordamerikanischen Arktis die Framstraße erreichen und dort schmelzen“, so Ilka Peeken. Im Umkehrschluss bedeute dies allerdings auch, dass das Meereis große Mengen Mikroplastik in die Meeresregion vor der Nordostküste Grönlands transportiere.

Quelle: Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI) http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/awi-forscher-messen-rekordkonzentration-von-mikroplastik-im-arktischen-meereis.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2028.%20April%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 24.4.18

Multiresistente Keime

Mit einem neuen Verfahren hat Frankfurt alle Fließgewässer im Stadtgebiet testen lassen und dabei auch multiresistente Erreger gefunden, bei denen Antibiotika nichts mehr ausrichten können. Ende September wurden in 5 von 19 Proben Erreger mit Resistenz gegen bestimmte Reserveantibiotika gefunden. In acht weiteren Proben fand sich ein Antibiotika-abbauendes Enzym.

Wissenschaftler haben Wildvögel im Verdacht, deren Kot mit multiresistenten Keimen verunreinigt sein könnte, und die Landwirtschaft, in der Tiere Resistenzen gegen Antibiotika entwickeln und die Keime über die Gülle auf Felder und damit ins Wasser gelangen.

Quelle: dpa, op-online.de 12.12.17

resistente Keime in Bächen, Flüssen und Seen in Niedersachsen

NDR Reporter haben Gewässerproben aus Niedersachsen auf antibiotikaresistente Keime untersuchen lassen. Überall wurden sie fündig.

Sie haben an insgesamt zwölf Stellen Proben genommen: aus Bächen, Flüssen und an zwei Badeseen, dem Zwischenahner Meer und der Thülsfelder Talsperre. Renommierte Wissenschaftler der Technischen Universität Dresden und des Universitätsklinikums Gießen haben diese anschließend auf multiresistente Erreger untersucht - also auf Keime,

gegen die viele Antibiotika nicht mehr wirken. Und überall wurden sie fündig. Die Erreger sind anscheinend in der Umwelt angekommen und das in einem Ausmaß, das überrascht. Klar war zwar bislang, dass Antibiotika-resistente Erreger in der Umwelt zu finden sind und sich dort ausbreiten können. Wie stark Gewässer belastet sind, ist allerdings weitgehend unbekannt, da es bislang keine systematischen Kontrollen auf solche Erreger gibt.

Die resistenten Keime kommen auch über das Abwasser von Kliniken, Pflegeheimen und aus Viehställen in die Umwelt. Angesichts der Ergebnisse der Proben fordert das Bundesumweltamt nun, dringend zumindest alle größeren Klärwerke nachzurüsten. Auch das Bundesumweltministerium teilte dem NDR auf Anfrage mit, es halte eine Nachrüstung von Kläranlagen für sinnvoll. Außerdem sieht es Handlungsbedarf zum Beispiel bei Badegewässern. Sie sollten künftig auf multiresistente Erreger untersucht werden, so das Bundesumweltministerium. Zuständig für beides seien jedoch die Bundesländer.

Quelle: <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Gefaehrliche-Keime-in-Baechen-Fluessen-und-Seen,keime302.html> 6.2.18

20% aller Schweine sterben qualvoll

Rund 60 Millionen Schweine werden in Deutschland geschlachtet. 13,6 Millionen Tiere aber überleben die Mast erst gar nicht, bzw. müssen vorher notgetötet werden. Das sind rund ein Fünftel aller Schweine, die in Deutschland geboren werden.

Eine Untersuchung der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover bringt jetzt zu Tage, dass viele Tiere vor ihrem Tod noch langanhaltenden Schmerzen und Leiden ausgesetzt waren. Auch Nottötungen seien in einer hohen Zahl nicht tierschutzgerecht und fehlerhaft gewesen. Experten sowie Oppositionspolitiker fordern deshalb mehr Schulungen der Landwirte und daß Tierkörperbeseitigungsanlagen unter eine veterinärmedizinische Aufsicht gestellt werden sollen. Die Bundesregierung will das prüfen.

Quelle: <https://www.swr.de/report/qualvoll-gestorben-und-weggeworfen-millionen-schweine-sterben-fuer-den-muell/-/id=233454/did=21354042/nid=233454/flv87j/index.html> 20.3.18

WWF-Bericht zur Waldzerstörung

Der WWF macht in seinem aktuellen Waldbericht darauf aufmerksam, daß seit 1990 fast 2,4 Millionen Quadratkilometer Naturwald verloren gegangen sind. Vor allem in den tropischen Wäldern von Südamerika, Afrika und Südostasien.

Afrika hat seit 1990 12% seiner Waldfläche verloren (etwa 860.000 Quadratkilometer).

Trauriger Spitzenreiter ist Nigeria, wo im genannten Zeitraum ganze 60 % des Waldes zerstört wurden. In absoluten Zahlen stellt jedoch der Amazonas den wichtigsten Schauplatz der weltweiten Waldzerstörung dar. So hat der größte Regenwald der Erde seit 1995 über 310.000 Quadratkilometer eingebüßt. Während die Abholzung seit der Jahrtausendwende dank besserer Schutzbemühungen zunächst zurückging, zieht sie seit 2012 im Zuge der brasilianischen Wirtschaftskrise und Schwächung des Waldgesetzes wieder deutlich an.

Der mit Abstand wichtigste Faktor sei global gesehen jedoch die industrielle Landwirtschaft. Insbesondere die Viehhaltung und der Anbau von Palmöl und Soja in riesigen Monokulturen verschlingen immer größere Flächen. Allein Deutschland importiert landwirtschaftliche Erzeugnisse von 55.000 Quadratkilometer Fläche, die einmal bewaldet

waren, insbesondere Soja als Futtermittel in der Fleischerzeugung. Hinzu kommen die nicht-nachhaltige Abholzung für die Holz- und Papierproduktion, der Abbau von Bodenschätzen und Infrastrukturprojekte in zuvor unberührten Gegenden, die einer weiteren Zerstörung wiederum Vorschub leisten.

Ein kleiner Hoffnungsschimmer sei, daß sich der Waldverlust insgesamt verlangsamt. Eine wichtige Rolle spielt hierbei Asien, wo nach extremer Waldzerstörung jetzt massiv aufgeforstet wird und die Waldfläche seit 1990 um rund 250.000 Quadratkilometer angewachsen ist. Auch Europas Wälder konnten sich seither um etwa 150.000 Quadratkilometer ausbreiten.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/wwf-bericht-waldzerstoerung-schreitet-voran.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2024.%20M%C3%A4rz%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 21.3.18, WWF <http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Studie-Waldbericht-2018.pdf>

Deutschlands Wald

Lediglich auf 4,5 % naturnaher Waldflächen wachsen Bäume, die älter als 140 Jahre sind. Und nur 0,2 % dieser ökologisch besonders wertvollen Waldflächen mit alten Baumbestand sind dauerhaft geschützt.

Quelle: Waldzustandsbericht 2018 https://naturwald-akademie.org/wp-content/uploads/2018/04/Alternativer-Waldzustandsbericht_Stand_25042018_1.pdf http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/deutschlands-waeldern-geht-es-schlecht.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2028.%20April%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 26.4.18

SCR-Katalysator-Regelung

In Diesel-Motoren entstehen bei der Verbrennung des Kraftstoffs gesundheitsschädliche Stickoxide (NO_x). Die Fahrzeugindustrie hat daher ein Verfahren entwickelt, das die Emissionen reduziert: Dem Abgas wird gasförmiger Ammoniak zugegeben, der angeregt durch einen Katalysator, mit den Stickoxiden zu harmlosem Stickstoff sowie Wasser reagiert.

Um die gesundheitsschädlichen Stickoxide in Dieselabgasen effizient zu bekämpfen, muß das Verfahren jeweils der Abgastemperatur angepasst werden.

Ein SCR-Kat liefert erst ab einer bei Abgastemperatur von deutlich über 200 Grad Celsius befriedigende Ergebnisse. Bei einem Kaltstart und an kalten Tagen dauert es also einige Minuten, bis die Stickoxide optimal abgebaut werden, denn der Ammoniak mindert bei niedrigen Temperaturen die Leistungsfähigkeit des Kupfers im Katalysator. Wenn zu viel Ammoniak vorhanden ist, kann der Katalysator nur eingeschränkt arbeiten. Abhängig von Temperatur und Betriebszustand bedarf es also verschiedener Mengen an Ammoniak, um die Stickoxide optimal abzubauen.

Quelle: Paul Scherrer Institut <https://www.psi.ch/> http://www.sonnenseite.com/de/mobilitaet/paul-scherrer-institut-saubere-dieselabgase.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2017.%20M%C3%A4rz%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 14.3.18

Abgas-Skandal

Die deutsche Autoindustrie gerät beim Abgas-Skandal immer stärker ins Zwielicht. Seit Monaten kämpft sie mit allem Mitteln gegen Fahrverbote, mit denen die Stickoxid-Grenzwerte in den Städten eingehalten werden sollen. Zugleich lehnt sie die nötigen Nachrüstungen der Motor-Hardware ab. Jetzt wurde bekannt, dass eine von den Autokonzernen Daimler, VW, BMW und dem Zulieferer Bosch gegründete "Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor" (EUGT) Experimente an Affen sowie an Menschen finanzierte, um eine angeblich zurückgehende Schädlichkeit von Autoabgasen zu belegen.

Die Versuche mit Affen kamen durch Recherche der New York Times ans Tageslicht. Wie das Blatt schreibt, wurden 2014 zehn Tiere vier Stunden lang in Räumen mit Auspuffgasen eines Ford Pickup, Baujahr 1999, sowie eines VW Beetle eingesperrt. Laut den Berichten wurden den Tieren danach Lungenproben entnommen, sie sollen dazu allerdings nicht getötet worden sein.

Inzwischen distanzierte sich der Daimler-Konzern von den Versuchen. Auch die geschäftsführende Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ durch ihren Regierungssprecher die umstrittenen Diesel-Schadstofftests verurteilen und Aufklärung einfordern. Die Tests an Affen oder sogar Menschen seien "ethisch in keiner Weise zu rechtfertigen". Die Autokonzerne hätten Schadstoffemissionen zu begrenzen und Grenzwerte einzuhalten und nicht die vermeintliche Unschädlichkeit von Abgasen zu beweisen.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/umwelt/hintergrund/24217-abgas-skandal-erreicht-neue-dimension> 29.1.18

EU zur Luftverschmutzung

Die EU-Kommission hat der Bundesregierung eine letzte Frist gesetzt, um neue Maßnahmen zur Luftreinhaltung vorzulegen. Ursprünglich hatte die EU-Kommission bereits am 25. Januar darüber entscheiden wollen, ob sie die Bundesrepublik vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt, wegen Verstoßes gegen die EU-Luftreinhaltevorschriften. Nun bekommt Berlin noch einen kleinen Aufschub. Ein Vertragsverletzungsverfahren läuft bereits.

Auch andere EU-Länder sind betroffen. Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien erhielten ebenfalls Post von Umweltkommissar Vella, weil auch bei ihnen die Stickoxid-Grenzwerte nicht eingehalten werden. Rumänien, Ungarn, Tschechien, die Slowakei und nochmals Frankreich und Italien wurden angeschrieben, weil bei ihnen die Feinstaub-Grenzwerte überschritten werden.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/mobilitaet/nachricht/24168-dicke-luft-bruessel-verliert-geduld> 17.1.18

Fahrverbote für Diesel

Das Bundesverwaltungsgericht hat Fahrverbote als zulässige Maßnahme zur Einhaltung der Luftreinhaltepläne zugelassen. Prüfgegenstand des Verfahrens sind die Luftreinhaltepläne von Düsseldorf und Stuttgart. Das Gericht hat darüber entschieden, daß Fahrverbote auf Grundlage des geltenden Rechts überhaupt zulässig sind und daß diese Städte Fahrverbote in ihre Luftreinhaltepläne aufnehmen müssen, um so die Grenzwerte für gesundheitsschädliches Stickoxid einzuhalten. Denn alle weiteren Maßnahmen der derzeit bestehenden Luftreinhaltepläne der Städte Düsseldorf und Stuttgart sind nicht geeignet, die Grenzwerte einzuhalten.

Das heißt, zunächst müssen die betroffenen Kommunen ihre Luftreinhaltepläne überarbeiten und das Fahrverbot als eine mögliche Maßnahme aufnehmen. Dies kann bis zu einem Jahr dauern. Denn die Kommunen müssen eine Änderung beziehungsweise Fortschreibung des Luftreinhalteplans mit der nächsthöheren Verwaltungsebene abstimmen. Dies kann die Bezirksregierung sein, in anderen Fällen aber auch direkt das zuständige Landesministerium. Ist dies erfolgt, wird der überarbeitete Luftreinhalteplan im Amtsblatt veröffentlicht, damit wird eine sechswöchige Einspruchsfrist gewährt und erst danach kann die Umsetzung der Maßnahmen erfolgen. Je nachdem, wie gut die Kommunen schon jetzt auf diesen Prozess vorbereitet sind, könnte es auch schneller mit der Umsetzung von Fahrverboten gehen.

Grundsätzlich handelt es sich bei der Luftreinhaltemaßnahme „Fahrverbot“ um eine Einzelfallentscheidung. Jede Kommune wird für sich im Rahmen der Verhältnismäßigkeit entscheiden, ob und in welchem Umfang (zeitlich, flächenmäßig) sie Fahrverbote verhängt.

Quelle: ACE, http://www.sonnenseite.com/de/mobilitaet/feinstaub-stickoxidalarm-und-drohende-fahrverbote-durch-gerichtsurteile.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2017.%20Februar%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 14.2.18

Benziner produzieren mehr Feinstaub als neue Dieselfahrzeuge

Nach einer Studie verursachen Benziner mehr Feinstaub, Dieselfahrzeuge aber mehr Stickoxide. Nach den Messungen der Wissenschaftler, die im Paul Scherrer Institut in der Nähe von Zürich durchgeführt wurden, geben Benziner bei 22 Grad Celsius 10 Mal mehr und bei 7 Grad Celsius sogar 62 Mal mehr Feinstaub und sekundäre organische Aerosole ab als Dieselfahrzeuge. Im Sommer würden zwar wegen der alten Dieselfahrzeuge diese noch mehr Feinstaub produzieren, im Winter dürften aber schon Benzinfahrzeuge für den Großteil verantwortlich sein.

Quelle: <https://www.heise.de/tp/features/Benziner-produzieren-mehr-Feinstaub-als-neue-Dieselfahrzeuge-3975724.html> 24.2.18

Diesel-Umrüstung: Gutachten geheim gehalten

Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der DUH: „Es ist ein beispielloser Vorgang, nicht nur tausenden vor deutschen Gerichten klagenden Haltern von Betrugsdiesel-Pkw ein mit Steuergeldern bezahltes Gutachten vorzuenthalten und sie damit in der Durchsetzung ihrer berechtigten Ansprüche zu behindern. Auch Millionen Menschen in unseren Städten werden buchstäblich im Dieseldunst allein gelassen. Meinungsumfragen zeigen, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, die von Diesel-Fahrverboten betroffenen Städte und selbst der ADAC die seit 30 Monaten von der DUH geforderte technische Nachrüstung aller Diesel-Pkw der Abgasstufen Euro 5 + 6 durch die Fahrzeughersteller unterstützen“.

Das bisher geheim gehaltene Wachtmeister-Gutachten bestätigt die Machbarkeit einer technischen Nachrüstung der Betrugsdiesel-Pkw. Georg Wachtmeister widerspricht den Autokonzernen deutlich in seinem Gutachten. Die Hersteller hatten – nachdem die DUH erstmals im Herbst 2015 die technische Nachrüstung aller Diesel-Pkw Euro 5+6 mit Abschaltvorrichtungen gefordert hat – diese als grundsätzlich „technisch nicht machbar“ abgelehnt. Daraufhin hatte die DUH im Sommer 2016 die tatsächliche Möglichkeit und Wirksamkeit einer Nachrüstung bei einem Betrugs-VW Passat präsentiert und durch

Messungen ihres Emissions-Kontroll-Instituts (EKI) gezeigt, wie ein solches Fahrzeug von 1.000 mg NOx/km auf 80 mg NOx/km und damit auf Einhaltung des Euro 6-Grenzwerts nachgerüstet werden kann.

Daraufhin räumten BMW, Daimler und VW die technische Machbarkeit ein, behaupteten nun aber, diese sei übermäßig teuer und die Entwicklung solcher Systeme dauere viele Jahre, weil sie noch nicht vorhanden sei. Auch dieser Falschaussage widersprach die DUH und kalkulierte die Kosten auf durchschnittlich 1.500 Euro pro Fahrzeug.

„Für die Dieselkonzerne ist das Wachtmeister-Gutachten ein Debakel, da ihre gesamte Argumentationskette nun wie ein Kartenhaus einstürzt. Verkehrsminister Scheuer vertritt aktuell die Argumentation von BMW, Daimler und VW, dass eine technische Nachrüstung unverhältnismäßig teuer und insgesamt nicht nötig sei. Ein zum gegenteiligen Ergebnis kommendes Gutachten wird in bewährter Weise nicht veröffentlicht, zumal es dem Dieselminister Scheuer mit sehr klaren und unmissverständlichen Festlegungen widerspricht“, so Resch weiter.

Kernaussagen des Wachtmeister-Gutachtens: Ein Großteil der für eine Hardware-Nachrüstung erforderlichen Komponenten sind bereits entwickelt, der hierfür erforderliche Bauraum vorhanden. Wörtlich heißt es in dem Gutachten: „Somit ist davon auszugehen, dass durch die Fahrzeughersteller das größte Potenzial einer schnellen und soliden Hardware-Nachrüstung gegeben ist.“

In seinem Gutachten zitiert Wachtmeister auch die konkreten Upgrade-Angebote für Euro-5-Diesel-Pkw der Marken Audi, BMW, Mercedes und VW mit Kosten zwischen 1.190 bis 1.990 Euro und folgert hieraus, dass dies ein „weiterer Beleg“ dafür sei, dass „für eine Hardware Nachrüstung zur NOx-Reduzierung bei den Fahrzeugherstellern entsprechende Abgasnachbehandlungssysteme vorhanden sein sollten.“

Quelle: Studie Hardware-Nachrüstung

https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Verkehr/dieselgate/Studie_Hardware-Nachru%CC%88stung_fu%CC

[%88r_Dieselfahrzeuge_EU5_EU4_zur_NOx_Reduzierung_.pdf](https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Verkehr/dieselgate/Studie_Hardware-Nachru%CC%88stung_fu%CC%88r_Dieselfahrzeuge_EU5_EU4_zur_NOx_Reduzierung_.pdf) (Studie v. 8.1.18)

Deutsche Umwelthilfe http://www.sonnenseite.com/de/mobilitaet/dieselskandal-gutachten-monatelang-geheim-gehalten.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2028.%20April%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-

[Mail&utm_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/mobilitaet/dieselskandal-gutachten-monatelang-geheim-gehalten.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2028.%20April%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 28.4.18

Steuerausfälle durch falsche Angaben bei Kfz-Zulassung

Die FÖS-Studie im Auftrag der Grünen im Europaparlament macht deutlich, wieviel Geld den europäischen Staaten durch falsche Angaben bei der CO₂-Emission entgeht. Allein im Jahr 2016 waren es 10 Mrd. Euro. Das ist mehr als das jährliche Kfz-Steueraufkommen in Deutschland. Realistische Messwerte sind aber die Voraussetzung für eine wirkungsvolle, CO₂-basierte Besteuerung von PKW.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/foes-studie-steuerausfaelle-in-Mrd.hoehe-durch-falsche-angaben-bei-kfz-zulassung.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2028.%20April%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 23.4.18

Feinstaub gefährdet ungeborene Kinder

Feinstaub begünstigt anomales Wachstum von Embryos. Das ist das Ergebnis einer Studie von Forschern der Yale University. Die Wissenschaftler haben die Daten von 8.000

Frauen in der chinesischen Stadt Lanzhou ausgewertet. Es handelt sich um die erste Studie dieser Art in einer Region mit hoher Luftverschmutzung. Bei sogenannten PM10 handelt es sich um Partikel mit einem Durchmesser von zehn Mikrometern. "Wir wollten zudem wissen, wie sich Schwangere gegen eine derartige Luftverschmutzung schützen können."

Die PM10-Belastung erhielten die Yale-Forscher von den Luftüberwachungsstationen in der Millionenstadt. Die Werte über das Wachstum der Föten erfassten sie durch regelmäßige Ultraschallaufnahmen. So stellten sie einen Zusammenhang zwischen Wachstum und Luftbelastung her. Dabei stellten sie immer wieder vergrößerte Kopfumfänge fest, wenn die Schwangeren einem Gemisch aus Auto- und Industrieabgasen sowie der Luftverschmutzung durch Baumaßnahmen ausgesetzt waren. Die Frauen, die an der Studie teilnahmen, waren mindestens 18 Jahre alt. Sie wurden 20 Wochen lang beobachtet.

Frauen in belasteten Regionen sollten versuchen, den Beginn einer Schwangerschaft so zu legen, dass sie die - jahreszeitlich unterschiedliche - Luftbelastung möglichst weitgehend meiden, meint Zhang. Außerdem sollten sie Outdoor-Aktivitäten in den Zeiten meiden, wenn die Schadstoffbelastung besonders hoch ist, so die Empfehlungen des Wissenschaftlers.

Quelle: presstext.redaktion | Wolfgang Kempkens

http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/china-feinstaub-gefaehrdet-ungeborene-kinder.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2003.%20M%C3%A4rz%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

1.3.18

Ökosteuern in China

Mehr als 260.000 Unternehmen und andere Körperschaften werden ab April 2018 eine Umweltsteuer zu entrichten haben. Die Einführung der Steuer bedeutet das Ende der "kostenlosen Umweltverschmutzung", die China nahezu vierzig Jahre lang betrieben hat.

Quelle: People's Daily Online, http://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/china-unternehmen-muessen-ab-april-eine-umweltsteuer-entrichten.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2003.%20M%C3%A4rz%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 2.3.18

CO₂ braucht einen Preis

Vor dem Hintergrund der Verfehlung der Klimaziele für 2020 bedarf es einer dringenden Neujustierung der deutschen Klimapolitik. Bei dauerhaft niedrigem Preisniveau für fossile Energieträger fehlen die Anreize, in Energieeffizienzmaßnahmen zu investieren und dadurch den CO₂-Ausstoß zu verringern.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS) sowie weitere Verbände fordern die künftige Bundesregierung auf, die Erreichung der Klimaschutzziele von Paris in den Mittelpunkt ihrer Energiepolitik zu stellen und eine effektive CO₂-Abgabe einzuführen. Langfristig erfordert die Transformation unserer Energiesysteme eine Neuordnung der Steuern- und Abgabensysteme, die die Folgen der volkswirtschaftlichen Schäden durch die Nutzung fossiler Brennstoffe besser abbildet als das aktuell der Fall ist.

Ein ausreichender und gerechter CO₂-Preis, der bei 30 Euro pro Tonne anfängt und schrittweise angehoben wird, würde eine starke klimapolitische Lenkungswirkung

entfalten. Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien würden sich damit viel stärker rechnen. Zugleich muss ein CO₂-Preis aufkommensneutral ausgestaltet werden und die Menschen und Unternehmen an anderer Stelle finanziell entlasten.“
Quelle: http://www.foes.de/pdf/180202_Gemeinsames-Statement_CO2.pdf 2.2.18

Emissionshandel

Der EU-Emissionshandel soll den Preis pro Tonne CO₂ deutlich erhöhen, allerdings nicht auf 30 Euro, die als echter Anreiz für klimafreundliche Investitionen gilt. Aber innerhalb des kommenden Jahrzehnts soll sich der CO₂-Preis im EU-Emissionshandel ungefähr verdreifachen. Die Regelungen betreffen die Zeit von 2021 bis 2030.

In den vergangenen Jahren konnte der EU-Emissionshandel keine klimafreundlichen Investitionen anregen, weil zu viele Zertifikate den Markt überschwemmen. Nun sollen doppelt so viele "Verschmutzungsrechte" vom Markt genommen und in die sogenannte Marktstabilitätsreserve verschoben werden wie bislang vereinbart.

Auch der einst umstrittene Modernisierungsfonds steht in der neuen Richtlinie. Er soll Geld für die Energiewende in ärmere EU-Länder bringen. Lange stand aber eine Frage im Raum: Zählt die Modernisierung von Kohlekraftwerken dabei auch als "klimafreundliche Investition"? Dann hätte beispielsweise Polen den massiven Ausbau seiner Kohleverstromung sogar teilweise durch den Emissionshandel finanzieren können. Das ist jetzt allerdings ausgeschlossen. Nur der Ausbau von Fernwärmesystemen kann in den ärmsten Ländern gefördert werden, auch wenn diese in der Regel noch mit Kohle betrieben werden. Ein Innovationsfonds soll vor allem Innovationen für die Energiewende fördern. Dazu aber auch die umstrittene CCS-Technologie zur Abscheidung und unterirdischen Speicherung von CO₂.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/24252-neuer-emissionshandel-ist-beschlossene-sache> 6.2.18

Globale Verschuldung steigt

Die globalen Schulden entsprechen 225% der globalen Wirtschaftsleistung. Darauf hat der IWF in seinem jetzt veröffentlichten Fiscal Monitor hingewiesen. Damit ist die Welt höher verschuldet als 2009, als die globale Finanzkrise auf den öffentlichen und privaten Haushalten lastete. Die politischen Programme, mit denen die Krisenfolgen gemildert werden sollten, hat in den Industrieländern die öffentliche Verschuldung ein Niveau von 105% der Wirtschaftsleistung erreicht. So hoch war sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr.

Die Staatsverschuldung Deutschlands schrumpft von 60% der Wirtschaftsleistung in den kommenden fünf Jahren auf 42,4%.

Das hohe Niveau der öffentlichen Verschuldung und die Haushaltsdefizite sind nach Einschätzung des IWF besorgniserregend. In den Vereinigten Staaten dagegen steigt das Schuldenniveau von 108% vom BIP auf 117% im Jahr 2023. Auf dem Niveau sieht der Fonds auch Italien ankommen. In den Vereinigten Staaten könnte die Inflation schneller wachsen als erwartet, weil die amerikanische Regierung die nahezu vollbeschäftigte Volkswirtschaft mit einer kräftigen Steuersenkung und einem Mrd.schweren Ausgabenprogramm zusätzlich befeuert hat. In dieser Lage könnte die amerikanische Notenbank genötigt sein, die Geldpolitik schneller zu straffen als allgemein prognostiziert. Geld ist so günstig, daß die Investoren auf der Jagd nach Rendite die Risiken vernachlässigt haben. Mit der eingeleiteten Normalisierung der Geldpolitik, die in Amerika

ihren Anfang genommen hat, sehen sich Investoren veranlasst, ihre Risiken neu zu bewerten. Das könnte in armen Ländern die Finanzierungsbedingungen schnell verschlechtern.

Die Schwellenländer nähern sich den Werten der achtziger Jahre, als eine Finanzkrise lateinamerikanische Volkswirtschaften beutelte. In der dritten Gruppe, den ärmsten Ländern, klettert die Verschuldung schnell auf ein für Entwicklungsländer hohes Niveau von 40%. Dort hat sich die Last des Schuldendienstes in Relation zu den Steuereinnahmen verdoppelt. Jedes fünfte Entwicklungsland hat ein Schuldenniveau im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung oberhalb von 60%, während vor fünf Jahren noch keines dieser Länder diesen Schwellenwert überstieg. Die neuen Schulden der armen Länder stammen anders als damals weniger von Ländern und staatlichen Entwicklungsbanken als von privaten Geldinstituten und von China, das eine Sonderrolle spielt, weil es nicht Mitglied des Clubs ist. Das macht Überlegungen einer neuen Entschuldungsinitiative so kompliziert.

Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/finanzmarkt/globale-verschuldung-groesser-als-nach-finanzkrise-15549024/der-globale-schuldenberg-ist-15549175.html> 19.4.18